

_____ Ulrich Brand: Die blinden Flecken der populären Krisendeutungen _____
_____ Vandana Shiva: Der Green New Deal bringt den Armen nichts _____
_____ Wolfgang Sachs: Wege zu einer wachstumsbefriedeten Gesellschaft _____

politische ökologie ¹¹⁸

Multiple Krise

Ende oder Anfang für eine gerechte Welt?

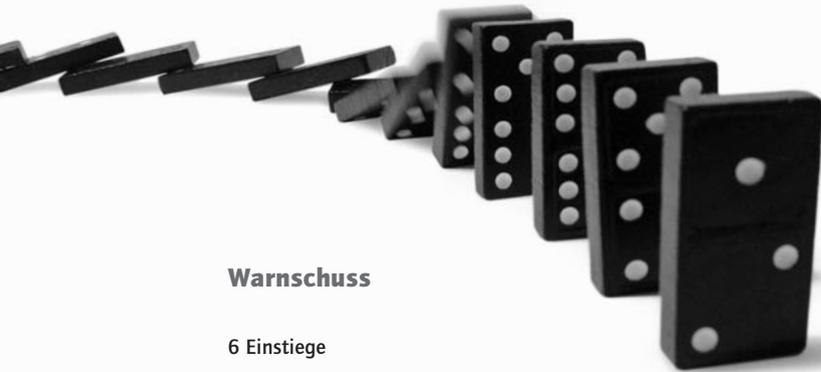


Mitherausgegeben von der Heinrich Böll Stiftung

 **oekom**
verlag

Multiple Krise

Ende oder Anfang für eine gerechte Welt?



Warnschuss

6 Einstiege

Schleudertrauma

12 Geleitwort

*Von Barbara Unmüßig und
Tilman Santarius*

13 Auf die Brille kommt es an

Krisendeutungen und -politiken
Von Ulrich Brand

17 Offenbarungseid des

Kurzfristdenkens

Wechselwirkungen der Krisen
Von Christoph Bals und Rixa Schwarz

21 Die Krise hat System

Die Geschlechterdimensionen des Crashes
Von Christa Wichterich

24 Graue Eminenzen am Werk

Das Management der Finanzmarktkrise
Von Gerhard Schick

Wachstumsfalle

28 Drei Fragen – 3 x 3 Antworten

Die Wachstumsdebatte
*Standpunkte von Jan Priebe,
Hans Diefenbacher und Niko Paech*

31 „Kluft zwischen Bewusstsein
und Handeln überbrücken“

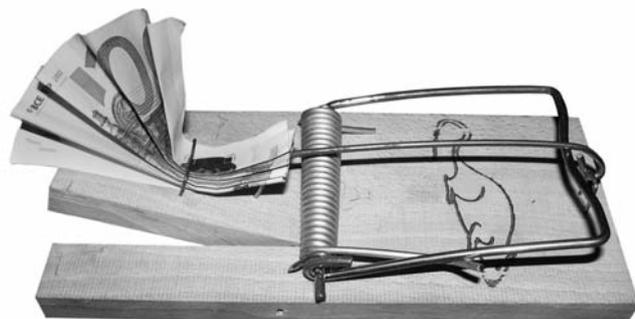
CO₂-Reduktionsstrategien im
Globalen Süden
Ein Interview mit Lim Li Lin

34 Exportorientierung versus
Deglobalisierung

Die Rolle Deutschlands im Welthandel
*Ein Meinungsaustausch zwischen
Martin Jänicke und Tilman Santarius*

37 Anders! Weniger! Besser!

Konturen eines zukunftsfähigen
Wirtschaftsmodells
Von Wolfgang Sachs



Neue Ufer

42 Der grüne Pakt mit dem Monster
Der Green New Deal
Von *Sven Giegold*

45 „Wir gehen an einem falschen Menschenbild zugrunde.“
Der Green New Deal aus Sicht des Globalen Südens
Ein Interview mit *Vandana Shiva*

47 Mehr Mut zum Lokalen
Welternährung in unsicheren Zeiten
Von *Christine Chemnitz*

50 Die Menschheit vor der Herkulesaufgabe
Globale Krisenbewältigung
Von *Dirk Messner*

54 Neue Institutionen braucht die Welt!
Plädoyer für die Zukunft
Von *Barbara Unmüßig*



Impulse

56 Projekte und Konzepte

Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft
EcoFair Trade Dialogue

60 Medien

Spektrum Nachhaltigkeit

64 Politik des ökologischen Schlussverkaufs
Kommentar zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung
Von *Hubert Weiger*

66 Aufbruchstimmung im Land der Widerstände
Klimapolitik in Japan
Von *Sven Rudolph und Park Seung-Joon*

68 Wider die Wiederkäuer
Ernährungswirtschaft und Klimawandel
Von *Karl Otto Henseling und Detlef Bimboes*

70 Die nächste Bombe tickt bereits
Geplanter AKW-Bau in Weißrussland
Von *Volha Martynenka*

72 Wenn gute Taten belohnt werden
Klimasparbuch München
Von *Amelie Thomé*

Teil 3
der Reihe zum
Weltklimagipfel
in Kopenhagen

Rubriken

3 Editorial

73 Vorschau/Impressum

Für ihr inhaltliches und finanzielles Engagement sowie die gute Zusammenarbeit danken wir der:

**HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG**

Der Green New Deal

Der grüne Pakt mit dem Monster

Von Sven Giegold

Die Krisen sind so gravierend und verlangen nach so raschen Lösungen, dass die ökologische Wende nicht auf einen Systemwechsel warten kann. Anstatt sich mit – berechtigten – Grundsatzfragen aufzuhalten, ist es für die deutsche Zivilgesellschaft deshalb höchste Zeit internationalen Beispielen zu folgen und geint einen Green New Deal einzufordern, der seinen Namen verdient.

Das kapitalistische Monster steckt in der Falle. Die Globalisierung unserer westlichen Lebensweise ist in einem Desaster von Krisen hängen geblieben. Zugegeben: Einige hundert Millionen Menschen in den Schwellenländern konnten ihre Einkommen deutlich verbessern, in China, Indien oder Brasilien bildete sich eine Mittelschicht. Doch weil der wachsende Wohlstand die Preise für Öl und Erdgas, für Metalle und Nahrungsmittel explodieren ließ, konnten die Armen ihr Recht auf Nahrung und Energie nicht mehr einlösen. Die Zahl der Hungernden weltweit liegt heute mit mehr als einer Milliarde höher

als jemals in der Menschheitsgeschichte (vgl. S. 47 ff.). Unser konsumistisches Lebens- und Wirtschaftsmodell hat zudem in den dramatischen Klimawandel geführt – die größte aller globalen Krisen. Deren Folgen machen sich erst allmählich bemerkbar. Die Schere zwischen Arm und Reich aber öffnet sich bereits heute immer weiter: Die Armen der Welt müssen um Jobs mit Niedrigstlöhnen konkurrieren, während die Bestverdienenden einen immer größeren Teil des weltweiten Reichtums auf sich vereinigen. Zu allem Überfluss ist im Herbst 2008 endgültig eine gigantische Spekulationsblase auf den internationalen Finanzmärkten geplatzt.

Im Zuge der neoliberalen Globalisierung waren ab den 1980er-Jahren die Grenzen für Banken, Hedgefonds und andere Finanzakteure weltweit geöffnet worden, die ökonomischen Regeln aber blieben weitgehend national bestimmt – und wurden in einem verrückten Wettlauf der Finanzplätze immer weiter ausgehöhlt. Das endete mit gigantischen faulen Krediten in den Büchern fast aller großen Banken, deren Eigenkapital für die Kredite bei Weitem unzureichend ist. Nun findet sich die Welt in der tiefsten Wirtschaftskrise seit den 1920er-Jahren wieder. Einen völligen Kollaps des Finanzsystems mussten die Staaten mit gigantischen Rettungs- und Konjunkturpaketen sowie Niedrigzinsen der Zentralbanken verhindern, finanziert auf Pump versteht sich (vgl. S. 24 ff.).

Hinter der grünen Fassade: Beton

Die Krisenmilliarden fließen aber nicht in die Rettung des Planeten vor der Klima-

katastrophe, sondern überwiegend in die Taschen von alten Industriellen und Bankaktionären. Abwrackprämien, Investitionen in den Straßenbau und gar in neue Kohlekraftwerke werden mit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise gerechtfertigt. Und was macht die deutsche Umweltbewegung? Sie diskutiert über Grundsatzfragen. BUND und Brot für die Welt veröffentlichen eine gut 600-seitige Studie unter dem Titel „Zukunftsfähiges Deutschland II“ und rasonieren in unzähligen Veranstaltungen über das Wirtschaftswachstum an sich. (1) Auf dem Kongress McPlanet.com 2009 diskutieren 2.500 Leute „die Systemfrage“. Greenpeace hängt Banner an Hochhausfassaden: „Wäre die Welt eine Bank, hättet Ihr sie längst gerettet“. Klar, ein cooler Spruch – aber hat das alles irgendwelche Folgen?

Die Zivilgesellschaft mischt sich de facto kaum in die konkrete Wirtschaftspolitik ein. Dabei vergibt sie gerade eine historische Chance. Überall auf der Welt haben sich gewichtige Stimmen für eine gemeinsame Lösung von Wirtschafts-, Verteilungs- und Klimakrise zu Wort gemeldet. UN-Generalsekretär Ban Kimoon ist dafür, wie auch Nicolas Stern, Joseph Stiglitz, Klaus Töpfer, Al Gore und unzählige Politiker(innen). Mutige Programme findet man allerdings kaum. In Südkorea ist die Regierung dem berühmten Landsmann Kimoon rhetorisch gefolgt und hat einen „Grünen New Deal“ aufgelegt. Doch wenn man in die Details schaut, verbirgt sich hinter dem Programm eine Menge neuer Beton. Die USA und China investieren zwar für ihre Verhältnisse gigantische Summen in den Aufbau er-

„Wann, wenn nicht jetzt, sollen die politischen Energien aufgebracht werden, um das Ruder der Weltökonomie herumzureißen?“

neuerbarer Energien und Energieeffizienz. Gleichzeitig fließen aber noch viel größere Summen in nicht nachhaltige Wirtschaftssektoren. In Großbritannien verlangen Umweltverbände in einem beeindruckend breiten Bündnis mit Gewerkschaften, NGOs und linken Gruppen ebenso einen Green New Deal. (2) Und der Druck zeigte Wirkung: Premier Gordon Brown hat sich – zumindest rhetorisch – an die Spitze dieser Bewegung gestellt. Ein konkretes Maßnahmenpaket wurde aber immer noch nicht beschlossen.

Und in Deutschland? Fast ohne öffentliche Debatten schüttete Schwarz-Rot milliardenschwere Füllhörner über ihrer Klientel aus. Auch der Koalitionsvertrag der neuen schwarz-gelben Bundesregierung ist ökologisch wenig ambitioniert und will sogar die Revolution erneuerbarer Energien durch Atom-Laufzeitverlängerungen aufhalten.

Historische Chance nutzen

Wann, wenn nicht jetzt, sollen die politischen Energien aufgebracht werden, um das Ruder der Weltökonomie herumzureißen? Massenhafte Investitionen in Gebäudesanierungen warten. Besitzer(innen) von Altbauten sind bisher nicht zur Dämmung verpflichtet, die Mieter(innen) rechtlos – ein einfaches Gesetz, mit dem Mieter eine energieeffiziente Wohnung einklagen könnten, schüfe Hunderttausende Jobs. Die Ressourcen schonende Kraft-Wärme-Kopplung würde massiv gefördert, wenn es mehr Geld gäbe für den Aufbau von Leitungsnetzen, die die Abwärme dezentraler Kraftwerke zum Heizen von Gebäuden nutzbar machen. Viele Windkraftprojekte,

vor allem auf See, stehen auf der Kippe, weil klamme Banken die Finanzierungen verzögern oder verteuern. Der Ausbau der Windenergie an Land leidet unter ideologischen Investitionsblockaden in vielen unionsregierten Bundesländern. Elektromobilität wäre eine riesige Chance für mehr Energieeffizienz im Verkehrssektor – doch beim Aufbau der nötigen Infrastruktur gehen etwa Dänemark, Neuseeland, Kalifornien oder Israel viel mutiger voran.

Im Bundestagswahlkampf 2009 haben alle Parteien über Wege aus der Wirtschaftskrise geredet, zugleich wünscht sich die Mehrheit der Bürger(innen) von der Politik mehr Taten gegen den Klimawandel. Jetzt müssten sich Gewerkschaften, Umweltverbände und progressive Unternehmen zusammentun und gemeinsam einen Grünen New Deal fordern. Denn wer

glaubt, die Krisendiskussion sei schon erledigt, irrt sich gewaltig. Quellen neuer wirtschaftlicher Dynamik werden 2010 angesichts tiefer Haushaltslöcher dringender gesucht werden denn je.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Grundsatzfragen von Attac, BUND, Greenpeace und Brot für die Welt sind allemal berechtigt. Dem Kapitalismus wohnt der Drang zum Wachstum und zur ökonomischen Verwertung alles noch Unverwerteten inne. Natürlich muss man bezweifeln, dass unendliches Wirtschaftswachstum auf einem begrenzten Planeten langfristig möglich ist (vgl. S. 28). Die beeindruckende Studie „Wohlstand ohne Wachstum“ von Tim Jackson für den Britischen Nachhaltigkeitsrat zeigt, dass Effizienz und Technologie das Klima- und Ressourcenproblem nicht lösen kann. (3) Ein Effizienzfaktor 10



– Windpark in der Ostsee: Noch reicht die politische Energie nicht, um weitere Offshore-Windkraftprojekte zu realisieren und so gegen den nicht nachhaltigen Wirtschaftsstrom zu schwimmen.



Zum Autor

Sven Giegold, geb. 1969, ist Wirtschaftswissenschaftler und war viele Jahre für den BUND im Koordinierungskreis von Attac tätig. Heute sitzt er im Europaparlament und ist Koordinator der Grünen im Wirtschaftsausschuss.

Kontakt

Sven Giegold
 Europabüro Nordrhein-Westfalen
 Jahnstr. 52
 D-40215 Düsseldorf
 Fon ++49/(0)211/386 66 -33, Fax -66
 E-Mail sven.giegold@gruene.de
 www.sven-giegold.de

pro Einheit Bruttoinlandsprodukt reicht noch lange nicht aus, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Wenn das Wirtschaftswachstum ungebremst weiterginge und die Entwicklungsländer wirtschaftlich gleichziehen sollen, braucht es dafür hierzulande mindestens einen Effizienzfaktor 60. Man muss schon sehr technikoptimistisch sein, um das für möglich zu halten; diesen Faktor schaffen auch erneuerbare Energien nicht.

Unabhängig davon wie hoch die monetär bewertete Wirtschaftsleistung 2050 aus ökologischen Gründen sein kann: Der Naturverbrauch und die Treibhausgasemissionen müssen rasch schrumpfen. Innerhalb weniger Jahre sind riesige Investitionen nötig in Gebäudebestand und Energiesysteme, in neue Formen der Mobilität und Veränderungen in der Landwirtschaft. Doch Investitionsschübe waren in der Vergangenheit immer begleitet vom Wachstum des Sozialprodukts. Es spricht viel dafür, dass es auch bei einem echten Grünen New Deal so sein wird. Das monetäre Bruttoinlandsprodukt wird wachsen, damit der Naturverbrauch schrumpfen kann.

Fragwürdig ist nicht die Kritik an Wachstum und Kapitalismus, sondern die Schwerpunktsetzung der sozialen Bewegungen in Zeiten der Krise. Die historische Chance der Globalisierungskrise kann nur nutzen, wer jetzt Druck für überzeugende Antworten macht.

Solidarische Ökonomie als mittelfristiges Ziel

Klar: An der fragwürdigen, kulturell prägenden Kraft des Kapitalismus wird auch seine Begründung nichts ändern – Konsumwahn und Materialismus wird es dann immer noch geben. Immer noch werden mächtige Konzerne profitieren. Mittelfristig sollten wir uns deshalb selbstverständlich ein anderes System ausdenken. Deshalb ist es auch richtig, die Systemfrage jetzt zu diskutieren, wo die Zweifel am Kapitalismus Stammtischthema sind. Falsch ist jedoch, die Gunst der Stunde nicht zu nutzen, um das Mögliche durchzusetzen. Angesichts des Klimawandels brauchen wir die ökolo-

gische Wende so schnell, dass sie im Rahmen des kapitalistischen Systems erreicht werden muss. Wir müssen das Beste daraus machen und die Stärken des Systems zur Umwälzung nutzen: die Kraft des Profitstrebens und der Konkurrenz. Funktionieren kann dieser Pakt mit dem Monster aber nur, wenn die Politik ökologische Grenzen definiert und Anreize setzt. Denn auf sich allein gestellt, ist der kapitalistische Markt eine Destruktivkraft.

Eine Ökologisierung des Kapitalismus abzulehnen, weil damit unser Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich infrage gestellt oder gar stabilisiert würde, ist angesichts der Konsequenzen der ökologischen Krise zynisch. Doch es bleiben viele Gründe, den Kapitalismus zu kritisieren, vor allem wegen seiner kulturellen Folgen: Ein gutes Leben ist kaum vorstellbar unter einem Diktat von Effizienz und Geschwindigkeit, von Verwertung und Flexibilität, von Leistungsdruck und Konkurrenz.

Bislang können wir für offene, plurale Gesellschaften keine Alternative zum Kapitalismus aus der Tasche ziehen. Aber es lohnt sich, weiter nach einer Ökonomie mit mehr Kooperation und weniger Konkurrenz zu suchen und beispielsweise mit Projekten solidarischer Ökonomie zu experimentieren – mit lokalen Märkten und Vermarktungen, Bürgersolaranlagen, Regionalwährungen, Wohnungsgenossenschaften, Erzeuger-Verbraucher-Kooperativen oder auch der Belegschaftsübernahme von krisengeschüttelten Unternehmen. Ob dies von Erfolg gekrönt sein wird? Vielleicht. Hoffentlich! _____

Anmerkungen

- (1) Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, BUND (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt am Main.
- (2) www.putpeoplefirst.org.uk
- (3) Jackson, Tim (2008): Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet. London.